



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

spd/III/129

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

22. Oktober 1948

Der politische new look

Die Damen tragen die Kleider dreißig Zentimeter über dem Erdboden und die Herren kriechen mit Ehrgeiz einen politischen new look: unparteiisch, unabhängig, undoktrinär. In München wurde - fast scheint es ein Witz aus der "Schaubude" zu sein - eine UN-Partei gegründet (die nichts mit der UNO zu tun hat, sondern nur eine unpolitische Wählergemeinschaft für unparteiische Politik sein soll) und in Hamburg fühlte sich eine neu herausgekommene Zeitung veranlaßt, ihren Kopf mit den beiden schmückenden Beiwörtern "unabhängig" und "überparteilich" zu versehen.

Wer bei alledem nicht mitmacht, ist gestrig, stagniert. Wieder einmal wird eine "neue Zeit" über ihn "zur Tagesordnung übergeben" und was dergleichen Redensarten mit peinlichem Erinnerungswert mehr sind. Jede Bindung wird abgelehnt, keine Zeitung und keine Organisation, die Erfolg haben will, glaubt auf die ausdrückliche Versicherung verzichten zu können, sie diene absolut niemandem, sie sei keiner Partei, keiner Weltanschauung und keiner sonstwie gearteten geistigen Gemeinschaftsform gefällig. Auf soviel Unabhängigkeit sind viele Leute ungeheuer stolz - wie sie vor gar nicht allzu langer Zeit noch auf das Gegenteil stolz waren nur auf die Meinung zu schwören, die von außen oktroyiert wurde. Das ist gewiß noch nicht überall so - aber die Tendenz nimmt an Umfang und Intensität zu. Vor allem ist das bei der intellektuellen Jugend der Fall.

So ist es kein Wunder, daß bevorzugtes Angriffsziel die Alten sind, die Alten schlechthin. Das sind die Väter, die älteren Freunde und vielleicht sind einige von ihnen, ein ziemlich unverzeihliches Vergehen, inzwischen Großväter geworden. "Der Jugend gehört die Zukunft" - wir haben es seinerzeit bis zum Überdruß gehört. Jetzt hat sie diese Zukunft von damals in der Gegenwart von heute. Diese Jugend, der dieses Wort von früh bis spät von einer Hochstaplerbande gepredigt wurde, die mit der Jugend ihr politisches Geschäft machen wollte und von der diese es unwissend und bereitwillig übernahm diese Jugend sieht sich nun betrogen. Die wirklich Schuldigen haben sich verflüchtigt oder sind gewaltsam zum Verschwinden gebracht worden. So richtet sich der Zorn gegen die, die immer noch da sind, gegen die "Alten". Mit Recht? Doch nur sehr bedingt. Man entsinne sich vielleicht noch sehr gut der Zeit vor und nach 1933, in der die ungezählten täglichen Warnungen der damals schon Älteren und Alten, die aus einer ruhigeren Betrachtung der Zusammenhänge kamen, verlacht und verspottet wurden. Unverständnis für die Größe der "neuen Zeit" war noch der geringste Vorwurf, den die Jugend damals erhob.

besonders im bürgerlichen Lager, während der politisch aktive Teil der Arbeiterjugend in der traditionellen Auffassung ihrer Klasse gefestigt war.

Mit der großen Zeit wurde es bekanntlich nichts. Im Gegenteil, die Alten mußten wieder heran (wobei sich einige kräftig in den Vordergrund gedrängt haben mögen). Sie werden überwiegend abermals abgelehnt, zumal sie oft tatsächlich eine allzu große Neigung haben, dort anzufangen, wo sie aufhören mußten. "Tretet ab, Ihr seid uns ein Ärgernis, der Jugend gehört die Zukunft!" Wieder ertönt das Wort mit dem gefährlichen Denkfehler: Denn wenn die Zukunft Gegenwart geworden ist, dann ist auch aus der Jugend die Ältere, die erwachsene Generation geworden, hinter der eine neue Jugend mit dem ewig alten, gleichen Anspruch an die Älteren heranwächst. Dieser Generationen-gegen-satz bleibt immer, wenn er sich auch zu verschiedenen Zeiten verschieden scharf ausprägt.

Es ist billig, der Jugend zum Munde zu reden, und es ist ein undankbares Geschäft, ihr auch einmal bittere Wahrheiten zu sagen: Man hat sich daran gewöhnt, auf das Fronterlebnis hinzuweisen, das den Prozeß der Reife beschleunigt und über jeden friedensmäßigen Maßstab hinaus vertieft habe. Über die Schwere der Prüfungen dieser Zeit braucht kein Wort verloren zu werden. Aber ebenso wie sie zu tiefem Nachdenken angeregt und lebensstüchtig gemacht hat, so hat sie auch zerbrochen und verdorben, und so wie sie Kameradschaft, Hilfsbereitschaft und Selbstlosigkeit zeitigte, so hat sie auch Rücksichtslosigkeit und nacktesten Egoismus herangezuchtet. Anlagen und Umstände entschieden darüber im Einzelfall. Aber ganz gewiß war diese Zeit nicht dazu angetan, den politischen Staatsbürger heranzubilden, den Sinn für die Notwendigkeiten und Schwierigkeiten friedlicher Zusammenarbeit der Menschen zu entwickeln und ihn praktisch zu betätigen. Das aber ist es, worauf es gerade heute ankommt. Für diese Erfordernis war der Krieg keine Schule, sondern ein Verhängnis. Immerhin ist es ein fast natürlicher Vorgang, daß auf die Zeit eines entweder widerwillig geduldeten Drills oder auch einer seltsamen Knechtsseligkeit als Reaktion das Bedürfnis nach möglichst vollkommener Bindungsfreiheit folgte. Aber auch hier gilt es, sich vor einem bestimmten Radikalismus zu hüten, dem eines in Willkür ausartenden Persönlichkeitskultes, der unter der Devise 'unabhängig und undoktrinär' im Grunde nur jeden kleinen Abstrich am starren Dogma der eigenen Unfehlbarkeit ablehnt.

Die bisherigen Wahlentscheidungen in Deutschland sind noch nicht Ausdruck dieser Entwicklung. Aber es häufen sich die Symptome, die erkennen lassen, mit welcher Entschiedenheit daran gearbeitet wird, diesem Prinzip der absoluten Ungebundenheit des einzelnen zum Durchbruch zu verhelfen. Noch ist das alles vielleicht nicht viel mehr als eine geistige Modeerscheinung, eben eine Art politischen new looks. Aber es liegt darin auch die größere Gefahr, daß aus der tiefen und zu einem guten Teil verständlichen Abneigung gegen den Kollektivismus das Leugnen jeder Gemeinschaftsverpflichtung wird.

Peter Raunau

SPD und "Moralische Aufrüstung"

250 Anhänger der Bewegung "Moralische Aufrüstung" bereisen z.Z. Deutschland, um in Aussprachen und Revue-Vorführungen für ihre Idee zu werben. Die "Moralische Aufrüstung" hat in letzter Zeit in starkem Maße versucht, führende Sozialdemokraten für sich zu gewinnen. Wir haben Herrn Heine vom Vorstand der SPD um seine Stellungnahme zu diesen Aktivitäten gebeten:

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich bereits vor einigen Monaten kritisch mit der Bewegung "Moralische Aufrüstung" befaßt und ist nach eingehender Beratung übereingekommen, den Mitgliedern der Partei Zurückhaltung gegenüber dieser Bewegung zu empfehlen.

Die realen Gegensätze etwa zwischen Unternehmern und Arbeitern lassen sich nicht, wie diese Bewegung glauben machen will, durch gemeinsame Gebete und freimütige Aussprachen aus der Welt schaffen. Der Klassenkampf ist nicht eine Erfindung der Sozialdemokratie, sondern ein wesentliches Merkmal der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Wenn jetzt die "Moralische Aufrüstung" Klassenkampf auf der Theaterbühne dadurch "überwindet", daß Unternehmer und Arbeiter den Menschen im Gegner entdecken und sich die Hände schütteln, dann kann das angesichts der rücksichtslosen Besitzbürgerpolitik der CDU-Unternehmer nur wie ein schlechter Witz anmuten und unsere Ablehnung gegenüber dieser Bewegung nur stärken.

Hauptargument der Bewegung ist "der vergessene Faktor", wobei der Mensch der angeblich vergessene Faktor in den Auseinandersetzungen zwischen den Klassen ist. Für die Sozialdemokratie steht der Mensch im Mittelpunkt ihrer gesamten Politik, ist er der allein entscheidende, und nicht ein "unvergessener Faktor".

Ein jedoch ebenfalls nicht vergessener Faktor ist für die Sozialdemokratie das Verhalten der "Moralischen Aufrüstung" während der Nazizeit, in der ihr Führer, Herr Dr. Buchmann, nach seinem Zusammentreffen mit Nazi-Größen in den angelsächsischen Ländern, durch seine prohitlerische Haltung außerordentlich viel Schaden angerichtet hat.

Die Zurückhaltung der Sozialdemokratie gegenüber dieser Organisation erklärt sich auch daraus, daß die Geldquellen, aus denen die außerordentlich hohen Mittel fließen, nicht offengelegt werden, und daraus, daß der Aufbau der "Moralischen Aufrüstung" völlig undemokratisch ist, da keinerlei Wahlen erfolgt sind und eine Führerverherrlichung getrieben wird, die sozialdemokratischen Auffassungen völlig entgegensteht.

Vor dem Zusammenbruch des Weltgewerkschaftsbundes

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Der Exekutivausschuß des Weltgewerkschaftsbundes trat in der zweiten Septemberhälfte in Paris zur Beratung einer Reihe wichtiger Fragen zusammen. Auf seiner Tagesordnung stand u.a. die Vorbereitung des zweiten Kongresses des Weltgewerkschaftsbundes, die Zulassung der französischen C.G.T. - Force Ouvrière und die Überprüfung der gewerkschaftlichen Lage in Deutschland.

Diese Pariser Tagung des Exekutivausschusses war ein so großes Fiasko, daß sich alle Beteiligten entschlossen, sie der Öffentlichkeit gegenüber einfach totzuschweigen. Selbst Irving Brown, der europäische Vertreter der American Federation of Labour - die bekanntlich nicht Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes ist, aber über freundschaftliche Beziehungen zu einer Reihe europäischer Verbände verfügt, vermochte keine näheren Angaben zu erhalten. Fest steht jedoch, daß der bereits 1947 fällig gewordene zweite allgemeine Kongreß des Weltgewerkschaftsbundes auf unbestimmte Zeit vertagt wurde und daß auch jede Stellungnahme über die etwaige Zulassung von Force Ouvrière und deutschen Gewerkschaften unterblieb.

Der Sitzung des Exekutivausschusses ging eine Zusammenkunft der Internationalen Gewerkschaftlichen Berufssekretariate voraus, die in der Weltgewerkschaftsbund eingebaut werden sollten. Sie haben jedoch in Paris einstimmig beschlossen, bis auf weiteres ihre Selbständigkeit aufrechtzuerhalten. Zur Begründung wurden zwar organisatorische Bedenken in den Vordergrund gestellt, es besteht aber kein Zweifel, daß die politische Ablehnung der kommunistischen Führung des Weltgewerkschaftsbundes ihre Entscheidung beeinflusste.

Die ablehnende Haltung der Internationalen Berufssekretariate und die Spaltung der Geister in der wichtigen Frage des Marshallplanes dürfte das Schicksal des Weltgewerkschaftsbundes besiegeln. Der Austritt der nichtkommunistischen Verbände, insbesondere der britischen Trade-Unions und der amerikanischen C.I.O. kann bereits als grundsätzlich sicher angenommen werden. Dadurch würde der ehemalige Weltgewerkschaftsbund in eine rein kommunistische Angelegenheit verwandelt werden. Die Überbrückung der Gegensätze, soweit sie noch beabsichtigt war, wurde bestimmt nicht erleichtert durch das Auftreten des Generalsekretärs der internationalen Gewerkschaftszentrale, Scillant, auf dem betont kommunistisch-politischen Kongreß der französischen C.G.T.

Die Spaltung der Arbeiterklasse in zwei feindliche Lager ist bedauerlich und verhängnisvoll. Eine geschlossene, internationale Gewerkschaftsbewegung mit mehr als 70 Millionen Mitgliedern in allen Erdteilen wäre eine beruhigende Garantie des Friedens gewesen.

Es ist jedoch der alleinige Fehler der Kommunisten, daß diese Weltarbeitergemeinschaft bereits drei Jahre nach ihrer hoffnungsvollen Gründung in London zusammengebrochen ist, denn von Anfang an haben die kommunistischen Elemente nicht an eine loyale Zusammenarbeit gedacht, sondern an eine machtmäßige Beherrschung der internationalen Organisation, in der Absicht, daraus ein einseitiges kommunistisch-sowjetisches Machtinstrument zu machen.

Bismarcks Sturmlauf gegen die Sozialdemokratie

Vor 70 Jahren trat das Sozialistengesetz in Kraft

In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gibt es zwei zwölfjährige Perioden, in der diese Partei unter schärfstem Ausnahmerecht stand. Für die erste zeichnete Bismarck, für die zweite Hitler verantwortlich. Beide Gewalthaber hatten die Absicht, die sozialistische demokratische Bewegung damit endgültig auszulöschen. Das gelang aber keinem von beiden. Nur eine Partei mit echtem Kern und bedeutsamen Aufgaben für die Gestaltung des politisch-staatlichen Lebens konnte diese ungeheuerlichen Schläge überwinden.

Als bei der Reichstagswahl am 10. Januar 1877 die Sozialdemokratie zum ersten Male rund einhalb Millionen Stimmen auf sich vereinigte und damit zur viertstärksten Partei aufgerückt war, gab es ein großes Erschrecken auf Seiten der Reaktion bis tief in die liberalen Kreise hinein. Da die bestehenden Parteien nicht in der Lage waren, im politischen Kampf diesen Aufstieg zu hindern, verfiel man in den Regierungen Preußens und der anderen Länder auf den Gedanken, den Polizeigeist dagegen aufzubieten. Bismarck war hierbei die treibende Hauptkraft, und wenn Eugen Richter von der Fortschrittspartei in der neuen Reichstagsession den Kampf gegen die Sozialdemokratie als die Hauptsache bezeichnete, dann zeigt das, bis zu welchem Ausmaße die Hetze gegen die Sozialdemokratie bereits gediehen war.

Noch fehlte freilich der äußere Anlaß und die entsprechende Stimmung. Bismarck meinte, sie sei gekommen, als ein geistig und moralisch schwer belastetes Individuum am 11. Mai 1878 ein Attentat auf Kaiser Wilhelm I. ausübte. Dieser Attentäter Hödel war von der Sozialdemokratie ausgeschlossen worden und zu den Anarchisten übergegangen. Schon fünf Tage nach einem entsprechenden Telegramm Bismarcks aus Friedricheruh war der Entwurf "über die Abwehr sozialdemokratischer Ausschreitungen" fertig. Bismarck fand damit aber noch wenig Freunde: der Reichstag stimmte noch im Mai mit 243 gegen 57 Stimmen bei sechs Stimmenthaltungen gegen das Gesetz. Ein paar Wochen danach schoß ein Dr. Nobiling mit einer Schrotflinte auf den Kaiser, der schwer verwundet wurde. Dieser Attentäter hatte noch weniger mit der Sozialdemokratie zu tun, als Hödel, aber ein förmlich epidemisch auftretender Haß gegen die Sozialdemokratie brach aus. "Fort mit der Sozialdemokratie aus dem Reichstage" war der Kampfruf auch der Libe-

ralen, und das Bürgertum wurde mit den tollsten Parolen wild gemacht. Der Reichstag wurde aufgelöst und in dem nun einsetzenden Wahlkampf die Sozialdemokratie bereits wie eine verbotene Partei bekämpft. "Es war kein ehrlicher Kampf mit gleichen Waffen", schrieb der "Vorwärts" in Berlin. Der 30. Juli 1878 ging als der Tag der "Attentatswahlen" in die Geschichte ein. Die Sozialdemokratie zeigte sich aber ungewöhnlich widerstandsfähig und konnte 437.158 Stimmen auf sich vereinigen. In den Großstädten hatte sie ihre Stimmzahl vielfach ausserordentlich steigern können.

Als der Reichstag Anfang September zusammentrat, lag der Entwurf eines zweiten Gesetzes gegen die Sozialdemokratie bereits vor. Bismarck hatte in einem Brief an Ludwig II. im Hinblick auf die Sozialdemokratie von der "jährlichen Vermehrung der bedrohlichen Räuberbande" geschrieben und eine Einheitsfront der deutschen Regierungen gefordert. Der neue Reichstag bot hierzu ein willfähiges Werkzeug. Mit 221 gegen 149 Stimmen wurde Bismarcks Vorlage am 20. Oktober 1878 angenommen. Zentrum und Fortschrittspartei waren dagegen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten hatten während der Beratung zum Ausdruck gebracht, dass der Erfolg dieses Zuchthausgesetzes nichts anderes bringen werde als ein neues gewaltiges Anwachsen der Sozialdemokratie.

Kaum war das Gesetz angenommen, begann eine Aera der Verfolgungen und Drangsalierungen gegen die Sozialdemokraten, wie sie bis dahin in einem Kulturstaate ohne Beispiel war. In kurzer Zeit wurden 217 Vereinigungen, fünf Kassen, 127 periodische und 278 nichtperiodische Schriften verboten. Dazu kamen die Verfolgungen und Verhaftungen, brutale Ausweisungen und Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz unzähliger Sozialdemokraten. Insgesamt wurden in den zwölf Jahren des Bestehens des Sozialistengesetzes rund 1.300 periodische oder nichtperiodische Druckschriften und 332 Arbeitervereinigungen verboten. Auch die Gewerkschaftsbewegung spürte die Faust Bismarcks und stand unter ähnlichem Druck wie die politische Bewegung der Arbeiterschaft: 900 Ausweisungen und über tausend Jahre Freiheitsstrafen gegen 1.500 Personen bewiesen den Vernichtungswillen.

Bismarck kam aber trotz allem Terror, trotz schärfsten Polizeigesetzen und einem masslosen Hassfeldzug nicht zum Ziel. Das Sozialistengesetz nutzte sich von Jahr zu Jahr in seiner Wirksamkeit immer mehr ab und schliesslich blieb nicht die Sozialdemokratie, sondern Bismarck auf der Strecke. Am Ende der zwölf Schreckensjahre, im Februar 1890, konnte die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl 1.427.298 Stimmen mustern, mehr als dreimal soviel als am Beginn der Ausnahmesara. Die Sozialdemokratie war zur stärksten Partei geworden. zk.

KP für geschlossene Fenster

sp. In Bonn wird anerkanntermassen ernsthaft gearbeitet, aber bisweilen geschieht auch etwas recht Lustiges. Das sollte dann, wenn möglich, nicht unter den Tisch fallen.

Die Anregung zur letzten Plenarsitzung des Parlamentarischen Rates ging von der Fraktion der SPD aus, alle anderen Parteien hatten sich mit verschiedenen Argumenten intern dagegen ausgesprochen. Die KP begründete ihre Ablehnung mit der Erklärung, es sei unsinnig, Reden zum Fenster hinaus zu halten, man müsse zu praktischer Arbeit kommen. Es ist selten so einheitlich geschmunzelt worden, über diese kommunistische Feststellung.

Möller-Dostali stellt Strafantrag

sp. Dieser Tage erschien in mehreren Zeitungen die Meldung, der Chefredakteur der Gewerkschafts-Jugendzeitung "Aufwärts", Rudolf Möller-Dostali, sei fristlos entlassen worden, weil er während seines Londoner Exil-Aufenthaltes stellvertretender Leiter der Komintern in Grossbritannien gewesen sei und weil seine Artikel im Organ der Gewerkschaftsjugend heute noch, wenn auch versteckt, seiner damaligen Einstellung entsprächen.

Dazu ist festzustellen: Möller-Dostali war früher Kommunist. Er hat sich seit langem und ohne Vorbehalt von dieser seiner politischen Vergangenheit gelöst. Alles andere ist unwahr und stellt einen der zahllosen kommunistischen Angriffe gegen sozialdemokratische Politiker dar, vor allem aber gegen solche, die, im kommunistischen Sinne, Abtrünnige sind.

Möller-Dostali hat jetzt Strafantrag gestellt. Es besteht kein Zweifel daran, dass der DGB ihn wieder in seine alten Funktionen einsetzen wird, wenn das Verfahren zugunsten Möller-Dostalis abgeschlossen ist.

Politik auf Landkarten

sp. Seit 1945 sind viele Herstellerverlage dazu übergegangen, Landkarten von Deutschland ohne die nach Potsdam zunächst nur bis zum Abschluss eines Friedensvertrages den Polen verwaltungsmässig unterstellten deutschen Ostprovinzen wiederzugeben. Auch die Darstellungen auf der Deutschen Presse-Ausstellung mussten der gleichen Kurzsichtigkeit und Unüberlegtheit geziehen werden. Ob man in der russischen Zone Fotos oder Gemälde von deutschen Städten und deutschen Baulichkeiten jenseits der Oder-Neisse-Linie verschwinden lässt, damit jede Erinnerung an die deutschen Ostgebiete möglichst rasch verblasse, oder ob man bei uns die Ostgebiete auf der Landkarte freiwillig amputiert und damit dieses deutsche Land anscheinend abschreibt, wir also freiwillig weitergehen, als es die Stalin, Truman und Attlee-Churchill in Potsdam vorsahen, ist durchaus nicht gleichgültig. Denn wir im Westen begeben uns in solchen Fällen aus freien Stücken unseres Rechtes, während tatsächlich doch nur die Unüberlegtheit und der Abstand des "nichtvertriebenen" Westdeutschen vom deutschen Osten die Federführung auf den Landkarten veranlassten. Der Fehler ist aber bei Herstellung neuer Karten leicht zu korrigieren. Amerikanische und englische Zeitschriften bringen meistens noch immer bei Europa-Karten Deutschland mit den Grenzen von 1937.

Die ersten Heimkehrer aus Polen

-dt. Friedland/Leine

Hier traf soeben der erste Kriegsgefangenentransport aus Polen und überhaupt aus einem Satellitenstaat Russlands ein. 614 Mann entstiegen dem Sonderzug, der vor wenigen Tagen in Gleiwitz abgefertigt worden und über Forst/Lausitz direkt nach Friedland geleitet wurde. Alle diese Heimkehrer sind in der britischen Zone beheimatet. Bei der Abfahrt sei ihnen gesagt worden, dass der Transport auf Betreiben der SED zusammengestellt worden war. Die Tatsache der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Kameraden bestimmt die Zurückhaltung in ihren Aussagen.

Es handelt sich durchweg um Soldaten, die von den Russen den Polen übergeben wurden. Insgesamt sollen es 40.000 Mann gewesen sein. Rund 28.000 davon sind in den oberschlesischen Kohlengruben zur Arbeit eingesetzt. Nach den anfänglichen, allgemein bekannten Verhältnissen in allen östlichen Kriegsgefangenenlagern besserten sich allmählich die Zustände, bis sie im letzten Jahr ungefähr den Charakter von Arbeitslagern annahmen, ohne dass aber Verkehr mit der Aussenwelt erlaubt war. Die Verpflegung war besonders in den letzten Monaten gut. Ein Grubenarbeiter bekam 3038 Kalorien am Tag, darunter auch hochwertige Nahrungsmittel wie Schmalz, Zucker usw. Die Lager unterstehen der Grubenverwaltung, bewacht von der sogenannten Grubenmiliz. Die Arbeitszeit beträgt im Durchschnitt zehn Stunden. Verkehr mit Zivilisten ist streng verboten, jedoch bei gemeinsamer Arbeit unter Tage unvermeidbar.

Die ärztliche Betreuung obliegt deutschen Kriegsgefangenen Ärzten und Sanitätspersonal unter der Oberaufsicht eines polnischen Zivilarztes. Wer sich krank meldete, wurde sorgfältig untersucht. Als Grubenarbeiter unter Tage erfreuen sich die deutschen Kriegsgefangenen eines guten Rufes und es ist anzunehmen, dass die erstaunlich hohen Förderziffern in den polnischen Gruben wesentlich auf die Arbeit der deutschen Kriegsgefangenen zurückzuführen sind. Unter den Entlassenen sind nur solche, die grubenuntauglich sind. Die Antifaschulung ist nicht so ausgeprägt wie in den russischen Lagern. Die meisten Lager haben eigene Büchereien. Es gab ferner eigene Musikkapellen mit selbstgebauten Musikinstrumenten. Niederrholt hat das DRK Gesellschaftsspiele zur Verfügung gestellt, häufig auch Bekleidungsstücke aus amerikanischen Heeresbeständen. Am wirksamsten war die Hilfe des Roten Kreuzes mit Medikamenten.

Erst zwei Tage vor ihrer Abfahrt erfuhren die Heimkehrer, dass sie entlassen werden. Sie wurden mit guten Kleidungsstücken, meist polnischen Uniformen, und etwas Wäsche ausgestattet, die neu oder gut erhalten ist. Das Gepäck unterlag keiner Kontrolle. Alles ersparte Geld - es war meist nicht viel - musste in Gleiwitz in Tabak oder Lebensmittel umgesetzt werden. ~~Während der Fahrt waren die Heimkehrer gut verpflegt, die Wagen waren geräumig.~~ Von den 614 Entlassenen wurden 236 teils mit Herz- und Zirkulationsbeschwerden, teils unter Tb-Verdacht in die Krankenhäuser von Göttingen übergeführt. (thehs/2210/1/he)

Verantwortlich: Peter Raunau